S 14 KR 859/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Frankfurt Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 14
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 14 KR 859/15 Datum 04.05.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 KR 558/18 Datum 06.12.2018

3. Instanz

Datum 25.04.2019

- 1. Die Klage wird abgewiesen.
- 2. Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand:

Die Kl \tilde{A} ¤gerin begehrt die Zahlung von Krankengeld i.H.v. 76,21 EUR brutto f \tilde{A} 1 4r die Zeit vom 18.7.2015 bis 27.7.2015 von der Beklagten.

Die Klägerin war ab 09.02.2015 arbeitsunfähig erkrankt. Sie bezog vom 23.03.2015 an Krankengeld.

Eine ununterbrochene Ĥrztliche Feststellung und rechtzeitige Meldung der ArbeitsunfĤhigkeit erfolgte mit dem Auszahlschein vom 26.06.2015 in welchem die ArbeitsunfĤhigkeit bis voraussichtlich einschlieÄ□lich 17.07.2015 bestĤtigt wurde.

Am 28.07.2015 ging ein weiterer Auszahlscheins bei der Beklagten ein, mit dem die KlĤgerin die Weiterzahlung von Krankengeld beantragte. Die Feststellung der ArbeitsunfĤhigkeit erfolgte vom behandelnden Arzt am 17.07.2015.

Mit Bescheid vom 28.7.2015 lehnte die Beklagte die WeitergewĤhrung des Krankengeldes für den Zeitraum vom 18.7.2015 bis zum 27.7.2015 mit der Begründung ab, dass der Auszahlschein verspätet zugegangen sei und daher der Anspruch auf Krankengeld wegen verspäteter Meldung vom 18.7.2015 bis zum 27.7.2015 ruhe (Bl. 3 VA).

Die Kl \tilde{A} ¤gerin legte mit Schreiben vom 31.10.2015 Widerspruch ein. Diesen begr \tilde{A} ½ndete sie damit, dass sie all ihren Pflichten nachgekommen sei. Sie sei am 17. Juli von ihrem Arzt krankgeschrieben worden. Die Krankschreibung habe sie am selben Tag \tilde{A} ½bersandt (Bl. 4 VA).

Der Widerspruch gegen den Bescheid vom 28.7.2015 wurde mit Widerspruchsbescheid vom 28.10.2015 zurĽckgewiesen (Bl. 8 VA).

Die Kl \tilde{A} xgerin hat am 20.11.2015 Klage beim Sozialgericht Frankfurt am Main erhoben.

Die KlĤgerin ist der Ansicht, dass der angegriffene Bescheid rechtswidrig sei, da die Voraussetzungen fýr die Weitergewährung des Krankengeldes vorlägen. Die Klägerin könne nicht für die verspätete Krankmeldung verantwortlich gemacht werden, da diese im Verantwortungsbereich der Beklagten läge. Es sei daher auch für den streitgegenständlichen Zeitraum fortzuzahlen. Es bestehe eine Schuld der Krankenkasse, da die Unterlagen bei der Krankenkasse weggekommen sein, da diese von der Klägerin und dem Arzt rechtzeitig an die Krankenkasse abgeschickt worden sein.

Die KlĤgerin beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 28.7.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides der Beklagten vom 28.10.2015 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, der KlĤgerin ungekürztes Krankengeld in der vertraglich und gesetzlich vorgesehenen Höhe von mindestens 76,21 EUR brutto pro Tag für den Zeitraum vom 18.7.2015 bis 27.7.2015 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie ist der Ansicht, dass der angegriffene Bescheid rechtmĤà jig sei. Der Vorwurf der Gegenseite, die Beklagte habe den nicht rechtzeitigen Zugang der Meldung selbstverschuldet, sei nicht nachvollziehbar. Es sei nicht nachvollziehbar wie die KlĤgerin zu der Auffassung gelange, dass der Arzt bzw. die Beklagte den Auszahlschein verloren habe bzw. dieser bei der Beklagten weggekommen sei.

Die Beklagtenseite erklĤrte sich mit einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid mit Schreiben vom 26.7.2016 einverstanden (Bl. 31 GA).

Mit Schreiben vom 22.9.2016 wurde die KlĤgerseite zur Entscheidung durch Gerichtsbescheid angehĶrt (Bl. 32 GA).

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakte sowie die beigezogene Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Das Gericht konnte gemäÃ∏ <u>§ 105 Abs. 1 Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) þber den Rechtsstreit ohne mþndliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden, denn die Sache weist keine Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art auf und der Sachverhalt ist aufgrund der beigezogenen Unterlagen hinsichtlich des vorliegenden Streitgegenstandes umfänglich geklärt.

Die Beteiligten sind zur Entscheidung durch Gerichtsbescheid angeh \tilde{A} ¶rt worden und haben nichts vorgetragen, was einer Entscheidung gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square \hat{A} § 105 SGG entgegenstehen w \tilde{A} 1 ⁄4rde.

Die zulĤssige Klage ist unbegründet.

Der angegriffene Bescheid vom 28.7.2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.10.2015 ist rechtm $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} \mathbb{D} ig und verletzt die Kl $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} gerin nicht in ihren Rechten, da sie keinen Anspruch auf Weitergew $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} hrung des Krankengeldes im Zeitraum vom 18.7.2015 bis 27.7.2015 aufgrund der versp $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} teten Krankmeldung hat. Die Voraussetzungen gem $\tilde{\mathbb{A}}$ \mathbb{A} \mathbb{D} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{D} \mathbb{A} \mathbb{A}

Die Kostenentscheidung folgt es § 193 SGG.

Gegen die Entscheidung ist das Rechtsmittel der Berufung gem $\tilde{A} = \tilde{A} = 144 \text{ Abs. } 1 \text{ S. } 1 \text{ Nr. } 1 \text{ SGG}$ statthaft, da die Kl $\tilde{A} = 1 \text{ gerin}$ die Zahlung von Krankengeld in H $\tilde{A} = 1 \text{ he}$ von 762,10 EUR brutto f $\tilde{A} = 1 \text{ den Zeitraum } 18.7.2015$ bis 27.7.2015 begehrt.

Erstellt am: 11.12.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024